

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

Juli / August / September 2010

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Barbara Mieth / Nikoleta Kovachka

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 26. Juli bis zum 05. September 2010

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Vorrang des Europäischen Gerichtshofs bestätigt

In seinem Urteil vom 26.08. bekräftigte das Bundesverfassungsgericht, dass der Anwendungsvorrang des Unionsrechts anzuerkennen und zu gewährleisten ist, dass die dem Bundesverfassungsgericht vorbehaltenen Kontrollbefugnisse nur zurückhaltend und europarechtsfreundlich ausgeübt werden. Gerügt werden könnte nur offensichtlich kompetenzwidriges Handeln („Ultra vires“) der Unionsgewalt. Dabei habe das Bundesverfassungsgericht die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs grundsätzlich als verbindliche Auslegung des Unionsrechts zu beachten. Soweit der Europäische Gerichtshof die aufgeworfenen Fragen noch nicht geklärt hat, sei ihm vor der Annahme eines Ultra-vires-Akts die Gelegenheit zur Entscheidung über die Gültigkeit und die Auslegung der fraglichen Handlungen zu geben.

<http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg10-069.html> (PM)

http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20100706_2bvr266106.html (Urteil)

2. Neue Strukturen im Verwaltungsapparat der Kommission

Nach dem Amtsantritt der neuen Kommission am 11.02. musste für die Klimakommissarin Connie Hedegaard eine neue Generaldirektion Klima aus Elementen der Generaldirektionen Umwelt, Unternehmen und Außenbeziehungen geschaffen werden. Dieser Aufbau und auch die Abgrenzung zur neuen Generaldirektion Energie sind noch nicht abgeschlossen. Im Bereich Außenbeziehungen muss sich die Zusammenarbeit der Kommissionsmitglieder für Entwicklung, humanitäre Hilfe und Nachbarschaftsbeziehungen mit der neuen Außenbeauftragten noch einspielen. Bei der Innovationspolitik ist eine Einigung über einen gemeinsamen Ansatz zwischen Innovationskommissarin Maire Geoghegan-Quin und Industriekommissar Antonio Tajani erforderlich, wobei das Europäische Innovations- und Technologieinstitut bei Bildungskommissarin Androulla Vassiliou verbleibt.

<http://www.euractiv.com/de/zukunft-eu/eu-beamte-slalom-durch-kompetenzueberlagerung-news-497059>

3. Europäer unterstützen stärkeren Einfluss der EU auf Wirtschaft

Nach den am 26.08. veröffentlichten Ergebnissen der Frühjahrs-Eurobarometerumfrage sind 75% der Befragten für eine stärkere Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik auf EU-Ebene. In Deutschland sind es 85% (+7 gegenüber Herbst 2009) und in Österreich 74% (+6 gegenüber Herbst 2009). 74% der Befragten halten eine Reduzierung der staatlichen Verschuldung in ihrem Land für dringlich. In Deutschland sind es 83% und in Österreich 78%. Das Vertrauen in die EU ging allerdings auf 42% zurück (-6 gegenüber Herbst 2009), liegt aber noch weit vor dem Vertrauen in die nationalen Regierungen (29%, unverändert) und die nationalen Parlamente (31%, -1). Für Deutschland lauten diese Zahlen 37%, 32% und 39% sowie für Österreich 41%, 54% und 52%.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1071&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb73/eb73_en.htm

II. Internationales, Außenhandel, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

a) Internationales

1. Europäischer Rat am 16.09. mit außenpolitischem Schwerpunkt

Die Staats- und Regierungschefs der EU werden am 16.09. ihre Beratungen vom 25./06. vor dem Hintergrund der anstehenden bilateralen Gipfeltreffen sowie des Gipfeltreffens der G20 in Seoul (11./12.11.) und der VN-Klimakonferenz von Cancún (29.11.-10.12.) fortführen. Innerhalb der G20 werden rasche Fortschritte bei der globalen Finanzmarktaufsicht erwartet. Vor Cancún will die EU sich verstärkt um die Einbeziehung von Drittländern bemühen. Der Europäische Rat wird sich am 16.09. im Beisein der Außenminister über die Beziehungen zu strategischen Partnern aussprechen und besonderes Augenmerk auf die Beziehungen zu den aufstrebenden Staaten in Asien legen. Der Europäische Rat wird ferner Kenntnis vom Stand der Beratungen zur wirtschaftspolitischen Steuerung nehmen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st12/st12298.de10.pdf>

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/113618.pdf

(Eur. Rat

25./26.03.10)

2. Europäischer Auswärtiger Dienst (EAD) eingerichtet

Der Rat fasste am 26.07. den Beschluss über die Organisation und die Arbeitsweise des Europäischen Auswärtigen Dienstes als einer dem Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik ("Hoher Vertreter") unterstellten, funktional eigenständigen Einrichtung der Union. Mit Wirkung vom 01.01.11. wird dem EAD Personal aus dem Generalsekretariat des Rates (einschließlich Militärstab und Lagezentrum der EU) und aus den Generaldirektionen Auswärtige Beziehungen und Entwicklung der Kommission zugewiesen. Hinzukommen wird Personal auf Zeit aus den diplomatischen Diensten der Mitgliedstaaten. Notwendig sind noch Änderungen beim Personalstatut, den Regelungen für die sonstigen Bediensteten und der Haushaltsordnung. Ferner ist ein Berichtigungshaushaltsplan (mit Stellenplan) erforderlich.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:201:0030:0040:DE:PDF>

3. Beziehungen zwischen Außenbeauftragter und EP schriftlich fixiert

Im Amtsblatt vom 03.08. erschien die Annahme eines Beschlusses des Rates, der die Beziehungen zwischen der Hohen Vertreterin und dem Europäischen Parlament entsprechend den getroffenen Absprachen festlegt. So konnte sich das EP mit seinem Anliegen durchsetzen, wonach neu ernannte Delegationsleiter für Länder und Organisationen, die das Parlament für strategisch wichtig hält, vor Antritt ihres Amtes vor dem AFET-Ausschuss zu einem Meinungsaustausch (nicht zu einer Anhörung) erscheinen sollen. Außerdem wird die Hohe Vertreterin bei Aussprachen im Plenum des EP je nach Zuständigkeitsbereich entweder durch ein Mitglied der Kommission oder durch den Ratsvorsitz vertreten.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:210:0001:0002:DE:PDF>

4. EU nimmt Beitrittsverhandlungen mit Island auf

Am 27.07. fand die erste Regierungskonferenz über den Beitritt Islands zur EU statt, die zugleich den offiziellen Beginn der Beitrittsverhandlungen mit diesem Land markierte. Beratungsbedarf besteht insbesondere in den Bereichen Fischerei, Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums, Umwelt, freier Kapitalverkehr und Finanzdienstleistungen. Vor Beginn der eigentlichen Verhandlungen über die einzelnen Kapitel wird voraussichtlich bis Mitte 2011 eine analytische Durchsicht sämtlicher von Island zu übernehmenden EU-Vorschriften (so genannter

„Besitzstand“) vorgenommen („Screening“). Im Rahmen des Instruments für Heranführungshilfe erhält Island Unterstützung bei der Angleichung an den Besitzstand der EU.

http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1011&format=HTML&aged=0&language=DE&guihttp://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/er/116009.pdfLanguage=en

5. Sanktionen gegen Iran verschärft

Um den Iran wieder an den Verhandlungstisch zu bringen, beschlossen die EU-Außenminister am 26.07. Sanktionen, die über die Beschlüsse des Weltsicherheitsrats vom Juni hinausgehen. So wird jeglicher Export von Schlüsseltechnologie für die Öl- und Gasindustrie verboten. In diesen Sektoren dürfen EU-Firmen nicht mehr investieren und iranischen Firmen keinen Kredit oder sonstige Unterstützung gewähren.

Banken müssen jeden Transfer von mehr als 10.000 EUR melden; Überweisungen von und nach Iran von mehr als 40.000 EUR sind genehmigungspflichtig. Banken dürfen im Iran keine Filialen mehr errichten und iranische Banken keine in der EU. Im Iran Ansässigen darf keine Versicherung oder Rückversicherung mehr gewährt werden, ausgenommen Reise- und Krankenversicherungen für Privatleute. Der Transport von Waren von und nach Iran muss vorab gemeldet werden. Iranische Frachtflugzeuge erhalten Landeverbot in der EU.

<http://www.consilium.europa.eu/showFocus.aspx?id=1&focusId=503&lang=de>

<http://www.consilium.europa.eu/App/NewsRoom/related.aspx?bid=78&grp=17186&lang=de&cmsId=339>

(Schlussfolgerungen)

6. Erster Partnerschaftsdialog zwischen EU und China

Die Hohe Vertreterin der EU und Vizepräsidentin der Kommission Catherine Ashton reiste vom 30.08. bis 04.09. nach China, um am ersten „Partnerschaftsdialog“ zwischen der EU und China auf hoher Ebene teilzunehmen. Dieser stelle eine wichtige Zwischenetappe vor dem informellen Außenministertreffen am 10./11.09. und dem Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs am 16.09. dar, auf denen China im Blickpunkt der allgemeinen Debatte über strategische Partnerschaften stehen wird.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1077&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/delegations/china/>

7. EWR-Länder erhöhen Hilfe für ärmere EU-Mitgliedstaaten

Island, Liechtenstein, Norwegen und die EU unterzeichneten am 28.07. die Abkommen über den EWR-Beitrag und über den zusätzlichen Norwegischen Finanzierungsmechanismus für die 12 neuen EU-Mitgliedstaaten sowie Griechenland, Portugal und Spanien für den Zeitraum 2009-2014. Den Empfängerländern werden über Projektförderungen 1.79 Mrd. EUR zur Verfügung gestellt, davon 97% von Norwegen; in der Förderperiode 2004-2009 hatten diese Länder 1.3 Mrd. EUR für 1250 Vorhaben erhalten. Projekte können ab 2011 gefördert werden. Gefördert werden Vorhaben in den Bereichen Umwelt, Klima, grüne Industrie, Gesundheit, Forschung und Lehre, Kulturerbe, Justiz und Inneres sowie als Neuerung Förderung der menschenwürdigen Arbeit und des Dreiparteiendialogs in den neuen Mitgliedstaaten.

<http://www.efta.int/eea/eea-news/2010-07-30-new-agreement-on-eea-grants-signed.aspx>

<http://www.eeagrants.org/>

8. EU fördert umfassendes Verbot von Nuklearversuchen

Der Rat fasste am 26.07. einen Beschluss zur Unterstützung der Tätigkeiten der Vorbereitungskommission der Organisation des Vertrags für das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO). Die Union unterstützt vier Projekte, die folgende Ziele haben: a) Verbesserung des Betriebs und der langfristigen Tragfähigkeit des Netzes von seismologischen Hilfsstationen (auxiliary seismic stations — ASS) des Internationalen Überwachungssystems (International Monitoring System — IMS) des CTBT, b) Verbesserung des CTBT-Verifikationssystems durch verstärkte Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern, c) Bereitstellen von technischer Hilfe für Unterzeichnerstaaten in Afrika, Lateinamerika und der Karibik, d) Entwicklung von bei Inspektionen vor Ort einsetzbaren Systemen zum Aufspüren von Edelgasen.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:219:0007:0020:DE:PDF>

9. Fortentwicklung der Europäischen Nachbarschaftspolitik

In seinen Schlussfolgerungen vom 26.07. begrüßte der Rat die Mitteilung der Kommission „Die Europäische Nachbarschaftspolitik – eine Bestandsaufnahme“ vom 12.05. und ersuchte die EU-Außenbeauftragte sowie die Kommission, auf dieser Grundlage Beiträge für eine umfassende Diskussion im Rat in der ersten Jahreshälfte 2011 zu erarbeiten. Der Rat bewertet die Marktöffnung positiv und spricht sich für umfassende Freihandelsabkommen mit den Partnerländern aus. Die Stärkung der bilateralen Beziehungen müsse aber auch mit angemessener Finanzierung einhergehen. Wichtig seien aber auch persönliche Kontakte sowohl mit Bürgern der östlichen Partnerschaft als auch mit denen aus dem Mittelmeerraum.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/115976.pdf (Council Foreign Affairs)

http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/progress2010/com10_207_de.pdf (Mitteilung)

10. Konteradmiral Philippe Coindreau neuer Befehlshaber von Atalanta

Durch Beschluss des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees vom 19.07. ist der französische Konteradmiral Philippe Coindreau mit Wirkung vom 15.08. zum Befehlshaber der EU-Einsatzkräfte für die Militäroperation der EU als Beitrag zur Abschreckung, Verhütung und Bekämpfung von seeräuberischen Handlungen und bewaffneten Raubüberfällen vor der Küste Somalias ernannt worden.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:199:0028:0028:DE:PDF>

b) Außenhandel

1. Bessere zollpolitische Zusammenarbeit der EU mit China

Kommissar Šemeta eröffnete am 01.09. auf der Expo 2010 in Shanghai eine internationale Konferenz unter dem Motto Bauen von Brücken für die Erleichterung des Handels zwischen China und der EU. Auf der Konferenz soll untersucht werden, wie die zollpolitische Zusammenarbeit zwischen der EU und China weiter gestärkt werden kann. Ganz oben auf der Tagesordnung standen die Sicherheit der Lieferkette, die Bekämpfung des Schmuggels (insbesondere von Zigaretten) und der Schutz der Rechte am geistigen Eigentum.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1079&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/389&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Erleichterungen für Ausfuhren tierischer Erzeugnisse nach Russland

Die Ausfuhren von Tieren und tierischen Erzeugnissen aus der Europäischen Union nach Russland dürften nach Einschätzung der Kommission nach Inkrafttreten von fünf neuen Bescheinigungen für Ausfuhren zwischen der EU und der Russischen Föderation am 15. 08. stark ansteigen. Diese Bescheinigungen betreffen Rindfleisch mit Knochen, Dosen- und Trockenheimtierfutter sowie Zuchtschafe und –ziegen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1057&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/food/international/trade/eu-russia_spsissues_en.htm

3. EU und Georgien einig über Schutz geografischer Angaben

Die EU und Georgien haben die Verhandlungen über ein bilaterales Abkommen zum Schutz ihrer jeweiligen geografischen Angaben zum Abschluss gebracht. Der Wortlaut des Abkommens wurde am 29.07. paraphiert.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1015&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

c) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

1. Kommission erhöht humanitäre Soforthilfe für Pakistan

Die Kommission hat am 11.08. mit einem Soforthilfebeschluss weitere 10 Mio. EUR zur Unterstützung der Flutopfer in Pakistan bewilligt. Der Beschluss trat unmittelbar in Kraft. Am 30. 07. hatte die Kommission bereits 30 Mio. EUR für humanitäre Hilfe bereitgestellt (siehe [IP/10/1018](#)).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1048&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Pakistan-Hilfe aus EU übertrifft 200 Mio. EUR

Bis zum 23.08. hat die EU über 201 Mio. EUR humanitäre Hilfe geleistet. Die Kommission sagte 70 Mio. EUR zu, Großbritannien 66.7 Mio. EUR und Deutschland 25 Mio. EUR. Aus Frankreich kommt etwas über eine Mio. EUR. Ferner erbrachte die EU 6.7 Mio. EUR Zivilschutzmittel (ohne sonstige Kosten), davon 3 Mio. aus Deutschland, 1.5 Mio. aus Großbritannien und 0.6 Mio. aus Frankreich. Aus Österreich kamen nur Zivilschutzmittel (167.000 EUR).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/381&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

3. EU unterstützt Unabhängigkeitsprozess von Südsudan

In ihrer Entschließung vom 26.07.versprachen die EU-Außenminister wesentliche finanzielle und technische Hilfe für die letzte Phase der Umsetzung des Umfassenden Friedensabkommens (Comprehensive Peace Agreement, CPA). Dieses sieht für Januar 2011 ein Referendum im Südsudan über die Unabhängigkeit vor. Hinzu kommt eine Volksabstimmung über die Zugehörigkeit des Grenzortes Abyei. Auf jeden Fall seien im Südsudan erhebliche Anstrengungen zum Aufbau von staatlichen Strukturen erforderlich. Die EU wolle hierbei mit den Beteiligten im Sudan, mit der Afrikanischen Union, der Regionalorganisation der nordostafrikanischen Staaten (Intergovernmental Authority on Development, IGAD) und den USA sowie anderen nationalen, regionalen und internationalen Partnern zusammenarbeiten.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/115976.pdf

4. EU unterstützt Friedensmission in Somalia mit 47 Mio. EUR

Die Kommission hat am 01.09. ihre Unterstützung für die Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) bekräftigt und der Afrikanischen Union zusätzliche 47 Mio. EUR zur Verfügung gestellt. Damit wird die finanzielle Unterstützung der AMISOM durch die EU, die seit 2007 aus der Friedensfazilität für Afrika bestritten wird, auf insgesamt 142 Mio. EUR aufgestockt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1086&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/europeaid/peace-facility>

5. EU hilft 19 AKP-Staaten bei der Bewältigung der Folgen der Wirtschaftskrise

Die Kommission hat die ersten Finanzierungsbeschlüsse im Rahmen der Mittel von 264 Mio. EUR angenommen, mit denen der so genannte FLEX-Mechanismus für anfällige Länder (V-FLEX) im Jahr 2010 ausgestattet ist. Damit will sie die bedürftigsten Länder Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raums (AKP-Staaten) bei der Bewältigung der Folgen der weltweiten Finanzkrise und des Konjunkturabschwungs unterstützen. Der V-FLEX-Mechanismus ist ein kurzfristiges Instrument, über das 500 Mio. EUR für zwei Jahre (2009-2010) bereitgestellt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1091&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

III. Arbeit, Soziales, Chancengleichheit

1. Kommission besorgt über Behandlung von Roma in Frankreich

Vor dem Hintergrund der Massenausweisung von Roma aus Frankreich im August zeigte sich Kommissionsvizepräsidentin Reding am 25.08. in einer förmlichen Erklärung besorgt und erinnerte daran, dass die Grundsätze der Freizügigkeit und der Nichtdiskriminierung in der EU beachtet werden müssten. Sie habe ihre Dienste beauftragt, die Lage in Frankreich genau zu untersuchen. Sie rief die französische Staatsführung auf, mit allen Mitgliedstaaten in einen Dialog über eine bessere soziale Integration der Roma zu treten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/384&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Erklärung Reding)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/383&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (FAQ's)

2. Deutschland und Österreich haben niedrigste Geburtenraten in EU

Am 1. Januar 2010 wurde die Bevölkerung der EU27 auf 501,1 Millionen geschätzt, verglichen mit 499,7 Millionen am 1. Januar 2009. Dies entspricht einer jährlichen Rate von 2,7 je 1000 Einwohner, bedingt durch ein natürliches Wachstum von 0,5 Millionen (+1,0‰) und einen Wanderungssaldo von 0,9 Millionen (+1,7‰). Die höchsten Geburtenziffern wurden in Irland (16,8‰), dem Vereinigten Königreich (12,8‰), Frankreich (12,7‰), Zypern (12,2‰) und Schweden (12,0‰) verzeichnet und die niedrigsten Ziffern in Deutschland (7,9‰), Österreich (9,1‰), Portugal (9,4‰), Italien (9,5‰), Lettland und Ungarn (beide 9,6‰). Zehn Mitgliedstaaten wiesen ein negatives natürliches Wachstum auf, mit den größten Rückgängen in Bulgarien und Lettland (beide -3,6‰), Ungarn (-3,4‰) und Deutschland (-2,3‰).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/110&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Erwerbstätigenquote in der EU27 fiel auf 64,6% im Jahr 2009

Nach der Arbeitskräfteerhebung von Eurostat ist die Erwerbstätigenquote für Personen im Alter von 15-64 in der **EU27** von 62,4% im Jahr 2002 stetig auf 65,9% im Jahr 2008 angestiegen, fiel dann jedoch auf 64,6% im Jahr 2009. Die Erwerbstätigenquote für Frauen, die kontinuierlich von 53,7% in 2002 auf 59,1% in 2008 angestiegen war, fiel im Jahr 2009 zum ersten Mal, auf 58,6%. Im Gegensatz dazu stieg die Quote für ältere Personen, d.h. Personen zwischen 55-64 Jahren, weiter an und erreichte 46,0% im Jahr 2009, gegenüber 36,9% in 2002 und 45,6% in 2008. Im Jahr 2009 betrug die Erwerbstätigenquote für Personen im Alter von 15-64 Jahren über 70% in den **Niederlanden** (77,0%), **Dänemark** (75,7%), **Schweden** (72,2%), **Österreich** (71,6%) und **Deutschland** (70,9%) und unter 60% in **Malta** (54,9%), **Ungarn** (55,4%), **Italien** (57,5%), **Rumänien** (58,6%), **Polen** (59,3%) und **Spanien** (59,8%).

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-04082010-BP/DE/3-04082010-BP-DE.PDF

4. Arbeitslosenquote im Juni stabil- Euroraum bei 10,0%, EU bei 9,6%

Im Euroraum (ER16) lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Juni 2010 bei 10,0%, unverändert gegenüber Mai. Im Juni 2009 hatte sie 9,5% betragen. In der EU27 lag die Arbeitslosenquote im Juni 2010 bei 9,6%, unverändert gegenüber Mai. Im Juni 2009 hatte sie 9,0% betragen. Vier Mitgliedstaaten verzeichneten über ein Jahr betrachtet einen Rückgang der Arbeitslosenquote, einer eine stabile Quote und zweiundzwanzig einen Anstieg. Die höchsten Rückgänge wurden in Österreich (von 5,1% auf 3,9%), Malta (von 7,2% auf 6,5%) und Deutschland (von 7,7% auf 7,0%) beobachtet. Die höchsten Anstiege verzeichneten Estland (von 11,0% im ersten Quartal 2009 auf 19,0% im ersten Quartal 2010) und Lettland (von 13,4% im ersten Quartal 2009 auf 20,0% im ersten Quartal 2010).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/113&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

5. Mutterschutz für Selbständige

Mit der neuen Regelung über Mutterschutz und Rentenleistungen für selbstständig Erwerbstätige, die am 04.08. in Kraft trat, werden selbstständig Erwerbstätige und deren Partner sozial besser abgesichert; so wird erstmals ein Anspruch auf Mutterschaftsurlaub festgeschrieben. Durch die Richtlinie über selbstständig Erwerbstätige und mitarbeitende Ehepartner ([Richtlinie 2010/41/EU](#)) wird die bisherige Regelung ([Richtlinie 86/613/EWG](#)) aufgehoben und ersetzt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1029&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:180:0001:0006:DE:PDF> (Richtlinie)

b) Landwirtschaft

Keine Ernteauffälle in der EU

Die am 04.08. von der Kommission veröffentlichte Vorausschau enthält Ertragsvorausschätzungen für die wichtigsten Kulturpflanzen der Europäischen Union und identifiziert diejenigen Gebiete, in denen die Lage am angespanntesten ist. Nach Einschätzung der Kommission wird die gesamte Getreideerzeugung 2010 in etwa dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre entsprechen. Zwar werde der Hektarertrag um 5 % über dem Durchschnitt liegen, die Anbauflächen insgesamt seien jedoch zurückgegangen. Dieses Wirtschaftsjahr sei durch ungewöhnliche punktuelle Wetterereignisse gekennzeichnet, die von viel zu geringen Niederschlägen bis zu Überschwemmungen reichten. Die Auswirkungen des schlechten Wetters auf die Kulturen in einigen Gebieten der EU seien jedoch in anderen Gebieten ausgeglichen worden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1027&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/361&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

IV. Binnenmarkt, Steuern, Wettbewerbsrecht

a) Steuern

Züchtung von menschlichem Gewebe ist Heilbehandlung

Generalanwältin Eleanor Sharpston kam zu dem Ergebnis, dass das Herauslösen von Gelenkknorpelzellen aus dem einem Menschen entnommenen Knorpelmaterial („Biopsat“) und deren anschließende Vermehrung für eine Reimplantation zu therapeutischen Zwecken, eine „Heilbehandlung im Bereich der Humanmedizin“ darstellt, unabhängig davon, ob die durch die Zellvermehrung gewonnenen Zellen dazu bestimmt sind, dem Spender oder einer anderen Person wieder implantiert zu werden. Heilbehandlungen im Bereich der Humanmedizin sind von der Mehrwertsteuer befreit. „Arbeiten an beweglichen körperlichen Gegenständen“ wären mehrwertsteuerpflichtig, wobei zu klären wäre an welchem Ort sie erbracht werden, wenn Kunde und Anbieter in verschiedenen Mitgliedstaaten ansässig sind.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-156/09](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-156/09)

b) Binnenmarkt und Verbraucherschutz

Experten für Nutzung von Finanzdienstleistungen gesucht

Die Kommission erbittet bis 30.09. die Interessenbekundung von Experten für eine Nutzergruppe „Finanzdienstleistungen“. Der Gruppe sollen Vertreter von Verbrauchern, Kleinanlegern und Kleinstunternehmen angehören sowie einzelne Experten mit besonderer Sachkenntnis wie

Rechtsanwälte, die Verbraucher vertreten, Arbeitnehmervertreter oder Wissenschaftler. Aufgabe der Gruppe ist die Beratung der Kommission bei politischen Maßnahmen im Bereich Finanzdienstleistungen.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:199:0012:0014:DE:PDF>

<http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:224579-2010:TEXT:EN:HTML>

http://ec.europa.eu/internal_market/finservices-retail/users/index_en.htm

V. Wirtschaft, Energie, Währung und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal um 1% gestiegen

Im Vergleich zum Vorquartal ist das BIP im zweiten Quartal 2010 sowohl im Euroraum (ER16) als auch in der EU27 um 1,0% gestiegen. Dies geht aus ersten Schätzungen hervor, die von Eurostat veröffentlicht werden. Im ersten Quartal 2010 waren die entsprechenden Wachstumsraten +0,3% in beiden Gebieten. Im Vergleich zum zweiten Quartal 2009 ist das saisonbereinigte BIP in beiden Gebieten um 1,9% gewachsen, nach +0,8% bzw. +0,7% im Vorquartal.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/127&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Sparquote der privaten Haushalte im ersten Quartal 2010 gesunken

Nach den von Eurostat und der Europäischen Zentralbank erstellten vierteljährlichen Sektorkonten belief sich die saisonbereinigte Bruttosparquote der privaten Haushalte in der **EU27** auf 13,0%, gegenüber 13,4% im vierten Quartal 2009. Im **Euroraum** betrug die Sparquote der Haushalte im ersten Quartal 2010 14,6%, im Vergleich zu 15,0% im vorherigen Quartal. Das real verfügbare Einkommen privater Haushalte fiel im Euroraum um 0,6%. Im ersten Quartal 2010 belief sich die Bruttoinvestitionsquote der Haushalte in der **EU27** auf 7,7%, verglichen mit 8,0% im vierten Quartal 2009. Im **Euroraum** betrug die Investitionsquote der Haushalte im ersten Quartal 2010 8,7%, im Vergleich zu 8,8% im vorherigen Quartal.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/111&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Inflationsrate des Euroraums im August auf 1,6% geschätzt

Die jährliche Inflationsrate des Euroraums für August 2010 wird auf 1,6% vorausgeschätzt. Im Juli lag die Rate bei 1,7%.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/124&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

4. Weiterer Anstieg des Wirtschaftsklimaindikatoren

Nach dem starken Anstieg im Juli verbesserte sich der „Economic Sentiment Indicator (ESI)“ im August weiterhin, sowohl im Eurogebiet als auch in der EU, allerdings in geringerer Stärke. Der ESI erreichte in der EU 102.7 (+ 0.6) und im Eurogebiet 101.8 (+0.7). In beiden Gebieten liegt er über seinem Langzeitdurchschnitt. Bei den großen Staaten gab es den stärksten Anstieg in UK (+1,5) gefolgt von Deutschland (+ 1.1).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1075&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

5. Geschäftsklimaindikator des Eurogebiets stagniert im August

Nachdem der „Business Climate Indicator (BCI)“ des Eurogebiets von 0.39 im Juni auf 0.63 im Juli angestiegen ist, verzeichnete er im August einen leichten Rückgang auf 0.61. Das Niveau des Indikators deutet auf eine weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Lage hin.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1076&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

6. Auftragseingänge der Industrie des Euroraums im Juni um 2,5% gestiegen

Im Euroraum (ER16) hat der Index der Auftragseingänge in der Industrie im Juni 2010 gegenüber dem Vormonat um 2,5% zugenommen, nach einer Zunahme von 4,1% im Mai. In der EU27 stiegen die Auftragseingänge im Juni 2010 um 2,4%, nach einem Zuwachs von 4,0% im Mai. Im Vergleich zum Juni 2009 nahm der Index der Auftragseingänge in der Industrie im Juni 2010 im Euroraum um 22,6% und in der EU27 um 22,5% zu.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/123&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Währung und Finanzen

1. Durchbruch bei Verhandlungen über europäische Finanzmarktaufsicht

Die Vertreter der Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments einigten sich am 02.09. auf eine neue Finanzmarktaufsicht. Wenn, wie erwartet, die EU-Finanzminister am 07.09. und das EP am 21.09. dem Kompromiss zustimmen, können die Wertpapieraufsicht (ESMA), die Bankenaufsicht (EBA) sowie die Versicherungs- und Pensionsfondsaufsicht (EIOPA) am 01.01.11 ihre Arbeit aufnehmen. Die drei neuen Behörden sollen zunächst auf drei Jahre befristet auf die Standorte London (Banken), Frankfurt (Versicherungen) und Paris (Börsen) verteilt sein. Die neuen Behörden sollen in Krisensituationen direkte Durchgriffsrechte erhalten. Es obliegt allerdings den Finanzministern, eine Notfallsituation zu konstatieren.

Ein Frühwarnremium (Europäischer Ausschuss für Systemrisiken, ESRB) unter Vorsitz des Präsidenten der Europäischen Zentralbank soll Krisen erkennen und Abhilfemaßnahmen vorschlagen.

http://ec.europa.eu/commission_2010-

[2014/barnier/docs/speeches/20100902/20100902_speaking_points_en.pdf](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/barnier/docs/speeches/20100902/20100902_speaking_points_en.pdf)

<http://www.burkhard-balz.eu/europaparlament-setzt-starke-eu-finanzmarktaufsicht-durch/>

<http://euobserver.com/9/30724/?rk=1>

2. Rat kürzt Haushaltsvoranschlag der EU-Kommission

Der Rat verabschiedete am 12.08. im schriftlichen Verfahren seinen Standpunkt zum EU-Haushalt 2011. Vorgesehen sind 141.777 Mrd. EUR Verpflichtungsermächtigungen (+ 0.22% gegenüber 2010) und 126.527 Mrd. EUR Zahlungsermächtigungen (+2.91% gegenüber 2010), die 1.02% des BNP der EU ausmachen. Die Kommission hatte bei den Verpflichtungsermächtigungen 787.83 Mio. EUR und bei den Zahlungsermächtigungen 3.609 Mrd. EUR zusätzlich veranschlagt. Der Rat begründete diese Kürzungen mit den Erfahrungen bei der Haushaltsdurchführung und der Absorptionsfähigkeit, insbesondere bei Landwirtschaft und Kohäsionspolitik. Neue Beamtenstellen soll es nur für den Europäischen Rat als neuer Institution und für neue Agenturen geben.

Österreich, UK, die Niederlande, Tschechien und die skandinavischen Länder (DK, FI, SE) stimmten gegen die Vorlage, da die Kürzungen nicht weit genug gingen. Erwartet wird, dass das Europäische Parlament Ende Oktober Ausgabenerhöhungen vorschlägt. Sofern der Rat mit den Vorschlägen des EP nicht einverstanden ist, tagt ab 26.10. der Vermittlungsausschuss, der in 12 Tagen zu einer Einigung kommen soll, die wiederum innerhalb von 14 Tagen von Rat und EP zu bestätigen ist.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/116151.pdf

3. Zusätzliche Beaufsichtigung von Finanzkonglomeraten

Die Kommission unterbreitete am 16.08. einen Richtlinienvorschlag zur zusätzlichen Beaufsichtigung der Finanzunternehmen eines Finanzkonglomerats wie etwa Allianz, ING oder Axa. Finanzkonglomerate können Banken, Versicherungsgesellschaften, Wertpapierfirmen und eventuell auch Vermögensverwaltungsgesellschaften umfassen. Nachdem die Finanzkrise

Lücken bei der Aufsicht gezeigt hatte, schlägt die Kommission nunmehr vor, die Aufsichtsbehörden mit neuen Durchgriffsrechten auch bei Mutter- und Holdinggesellschaften zu versehen. So könnten Bankenaufsicht, Versicherungsaufsicht und die zusätzliche Aufsicht für Konglomerate gleichzeitig ausgeübt werden. Nach Zustimmung von Rat und Europäischem Parlament könnte die Richtlinie noch 2011 in Kraft treten.

http://ec.europa.eu/internal_market/financial-conglomerates/docs/com-2010-433_final_de.pdf (Richtlinie)

http://ec.europa.eu/internal_market/financial-conglomerates/docs/com-2010-433_summary_de.pdf

(Résumé))

4. Eurostat kann Haushaltsdaten vor Ort überprüfen

Der Rat verabschiedete am 26.07., nach Stellungnahmen des Europäischen Parlaments und der Europäischen Zentralbank, eine Änderung der Verordnung (EG) Nr. 479/2009 im Hinblick auf die Qualität der statistischen Daten im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit. Vor dem Hintergrund der fehlerhaften Daten aus Griechenland erhält die Kommission (Eurostat) in Verdachtsfällen nunmehr das Recht, bei „methodenbezogenen Besuchen“ auf die Haushaltsdaten sämtlicher staatlichen Einheiten auf Bundes- bzw. zentralstaatlicher, Landes- und Gemeindeebene sowie auf Sozialversicherungsebene zuzugreifen; zudem sind ihr Angaben über die zugrunde liegende Haushaltsführung zur Verfügung zu stellen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/115958.pdf

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:198:0001:0004:DE:PDF> (Verordnung)

5. Verfassungsbeschwerde gegen „Euro-Rettungsschirm“ ergänzt

Die Beschwerdeführer der „Europolis-Gruppe“ haben am 18.08. ihre Verfassungsbeschwerde gegen den „Euro-Rettungsschirm“ (Az.:2 BvR 1219/10) erweitert. Wie der Verfahrensbevollmächtigte, Professor Dr. Markus C. Kerber, mitteilte, sollen die ergänzenden Ausführungen die Verletzungen des grundrechtsgleichen Rechts auf demokratische Teilhabe sowie des Eigentumsrechts angesichts des Ausbaus der Europäischen Finanzstabilitäts-Fazilität (EFSF) zu einer Finanzierungsagentur erhärten. Gerügt werden ferner die Anleiheaufkäufe der Europäischen Zentralbank. Nach einem Gutachten des Centrums für Europäische Politik in Freiburg konnte der EU-Anteil an der Finanzierung nicht auf Art. 122 Abs. 2 AEUV (Beistand bei gravierenden Schwierigkeiten) gestützt werden.

<http://www.europolis->

online.org/fileadmin/PDF/PDF_2010/Pressemitteilung_Verfassungsbeschwerde_18.08.2010.pdf

<http://www.cep.eu/analysen-zur-eu-politik/weitere-themen/euro-rettungsschirm/>

6. EU verurteilt slowakische Ablehnung von Griechenlandhilfe

Kommissar Rehn bewertete die Ablehnung von Krediten an Griechenland durch das slowakische Parlament am 11.08. als Bruch einer entscheidenden Verpflichtung zu Solidarität zur Wahrung der Stabilität des gesamten Euroraums, einschließlich der Slowakei. Er erwarte, dass die Eurogruppe und der Ecofin-Rat bei ihrem nächsten treffen hierauf zurückkommen. Die slowakische Entscheidung werde aber keine negativen Auswirkungen auf die Auszahlung des Darlehens an Griechenland haben.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/368&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

7. Europäische Zentralbank hält Zinsniveau konstant

Wie erwartet beschloss der EZB-Rat am 05.08.und 02.09., den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,00 %, 1,75 % bzw. 0,25 % zu belassen. EZB-Präsident Trichet begründete dies jeweils mit weiterhin geringem Inflationsrisiko. Die wirtschaftlichen Aussichten in diesem und dem nächsten Jahr hätten sich aber gegenüber den Prognosen vom Juni verbessert. Der Stab der EZB rechne für 2010 mit einem Wirtschaftswachstum im Eurogebiet zwischen 1.4% und 1.8% und für 2011 zwischen 0.5% und 2.3%. Die Inflationsrate werde ebenfalls etwas höher, und zwar für 2010 auf 1.5% bis 1.7% und 2011 auf 1.2% bis 2.2% geschätzt.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2010/html/pr100805.de.html> (PM 05.08.)

<http://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2010/html/is100805.en.html> (Trichet 05.08.)

8. EZB warnt vor negativen Folgen von hoher Staatsverschuldung

In seiner Rede auf der Konferenz führender Zentralbanken in Jackson Hole (USA) am 27.08., bekräftigte EZB-Präsident Trichet, dass es zu einem glaubwürdigen Ausstiegsszenario aus der derzeitigen Verschuldung der führenden Industriestaaten keine Alternative gebe. Es sei ausgeschlossen, dass ein Industrieland Schuldenzahlungen einstellt. Abzulehnen sei auch die Erleichterung der Schuldenlast durch eine überraschende Inflation. Hierdurch würden die Zentralbanken weltweit ihre Glaubwürdigkeit verspielen. Außerdem fände eine willkürliche Verteilung von Wohlstand und eine Belastung vor allem der Schwächsten statt. Vor allem aber dürfe es keine Gewöhnung an hohe Staatsschulden geben. Empirische Daten belegten, dass eine hohe Staatsverschuldung mit einem geringeren Wachstum des Bruttosozialprodukts einher gehe. <http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2010/html/sp100827.en.html>

9. Griechenland erfüllt Auflagen für weitere Kredite von EU und IWF

Expertenteams der Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und des Internationalen Währungsfonds (IWF) kamen am 05.08. bei der ersten vierteljährlichen Überprüfung des griechischen Wirtschaftsprogramms zu dem Ergebnis, dass die quantitativen Leistungsziele von Ende Juni, insbesondere das Defizitziel, erfüllt worden sind. Das Programm wird durch einen Kredit der Euro-Länder in Höhe von 80 Mrd. EUR und eine Bereitschaftskreditvereinbarung des IWF in Höhe von 30 Mrd. EUR unterstützt. Formell ist noch die Genehmigung der Kommission, der Eurogruppe und des Exekutivdirektoriums des IWF erforderlich, damit 6.5 Mrd. EUR von den Mitgliedstaaten und 2.5 Mrd. EUR vom IWF ausbezahlt werden können. Die griechische Regierung habe, abgesehen von der Platzierung kurzfristiger Nullkupon-Staatsanleihen, weiterhin keinen Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten.

http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2010/html/pr100805_1.de.html

10. Sanktionen bei Nichteinhaltung der statistischen Berichtspflichten an EZB

Nach dem Beschluss der Europäischen Zentralbank vom 19.08. wird ein harmonisiertes Verfahren für die Verhängung von Geldbußen eingeführt. Im Fall schwerwiegenden Fehlverhaltens wird ein Übertretungsverfahren ohne jegliche Beurteilungsphase eingeleitet. Ansonsten wird ein Übertretungsverfahren grundsätzlich dann eingeleitet, wenn die zuständige nationale Zentralbank wiederholte Nichteinhaltungen registriert hat. Dieser Beschluss tritt am 1. September 2010 in Kraft. Er gilt ab dem Referenzzeitraum Dezember 2010 für monatliche und jährliche Berichtspflichten und ab dem vierten Quartal 2010 für vierteljährliche Berichtspflichten.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:226:0048:0049:DE:PDF>

VI. Justiz und Inneres

a) Justiz

1. Einziehung illegal erlangter Vermögenswerte auch im europäischen Ausland

Nach dem von der Kommission am 23.08. vorgelegten Bericht zum Rahmenbeschluss [2006/783/JI](#) des Rates, der es den Mitgliedstaaten ermöglicht, die Einziehung illegal erlangter Vermögenswerte auch im europäischen Ausland zu erwirken, haben 14 Mitgliedstaaten diese Vorschriften noch nicht umgesetzt. Die 13 übrigen, darunter Deutschland und Österreich, haben bis auf Irland, Portugal und die Niederlande über die vorgesehenen Ausnahmen hinaus weitere Umstände hinzugefügt, in denen sie die Vollstreckung von Einziehungsentscheidungen anderer Mitgliedstaaten verweigern. Ferner würden selbst in den Ländern, in denen die Vorschriften umgesetzt wurden, Einziehungsentscheidungen keinesfalls automatisch anerkannt. So gebe es in vier Ländern (CZ, PL, RO und SI) öffentliche Anhörungen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1063&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/justice/news/intro/news_intro_en.htm

2. Mediation erspart Geld und Zeit bei grenzüberschreitenden Streitigkeiten

Die Kommission erinnerte am 20.08. an die bis Mai 2011 erforderliche Umsetzung der im Mai 2008 in Kraft getretenen EU-Vorschriften für Mediation. Bisher hätten nur vier Mitgliedstaaten (Estland, Frankreich, Italien und Portugal) der Kommission mitgeteilt, dass sie die EU-Vorschriften für Mediation in einzelstaatliches Recht umgesetzt haben. Die EU-Vorschriften gewährleisteten hohe Qualitätsnormen durch Anwendung von Verhaltenskodizes für Mediatoren oder Mediatorenausbildung. Grenzüberschreitende Streitigkeiten seien aufgrund unterschiedlicher einzelstaatlicher Rechtsordnungen und praktischer Aspekte wie Kosten und Sprache komplexer als nationale Streitigkeiten. In alternativen Verfahren zur Streitbeilegung (ADR) durch unparteiische Mediatoren könnten diese Probleme angegangen werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1060&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Erleichterte Scheidung gemischtnationaler Ehen

Der Beschluss über die Anwendung des Verfahrens der Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts wurde am 22.07. im [EU-Amtsblatt](#) veröffentlicht. Er überlässt Ehepaaren unterschiedlicher Staatsangehörigkeit bei einer Scheidung die Wahl des anwendbaren Rechts. Mit der Regelung soll einem „Wettlauf zu den Gerichten“ vorbeugt werden. Die 14 teilnehmenden Länder (Belgien, Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Italien, Lettland, Luxemburg, Malta, Österreich, Portugal, Rumänien, Slowenien, Spanien und Ungarn) müssen die Verordnung einstimmig beschließen und das Europäische Parlament konsultieren, bevor sie in Kraft treten kann.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1035&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:189:0012:0013:DE:PDF>

b) Inneres

1. SWIFT-Abkommen am 1. August in Kraft getreten

Das am 28. 06. in Brüssel unterzeichnete Abkommen zwischen der EU und den USA über die Verarbeitung von Zahlungsverkehrsdaten und deren Übermittlung aus der EU an die USA für die Zwecke des Programms zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus ist am 01.08. in Kraft getreten. Kommissarin Malmström gab am 27.08. die Ernennung eines Interims-Kontrolleurs der EU in Washington bekannt. Dieser wird bis zur Ernennung eines ständigen Kontrolleurs die Einhaltung der Bestimmungen des Abkommens durch die USA überwachen.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:195:0015:0015:DE:PDF>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/386&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. EU-Biometrie-Datenbank EURODAC deckt Missbrauch von Asylrecht auf

Die Kommission hat am 03.08. den Jahresbericht 2009 zur Datenbank EURODAC veröffentlicht. 2009 wurden 236 936 Fingerabdrucksätze von Asylbewerbern, 31 071 Fingerabdrucksätze von Personen, die illegal eine Außengrenze überschritten haben, und 85 554 Fingerabdrucksätze von Personen, die während eines illegalen Aufenthalts im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats aufgegriffen wurden, verarbeitet. Die Zahl der registrierten Asylanträge stieg um 8 %. Die Zahl der Registrierungen von illegaler Einwanderung sank um 50%, was vor allem auf die Zurückweisungen von Italien an Libyen zurückzuführen ist. Bei 23,3 % der Asylanträge handelte es sich nicht um einen Erstantrag, sondern um den zweiten oder x-ten Antrag. Beklagt wird die verspätete Übermittlung von Eingaben an die EURODAC-Zentraleinheit.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1023&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/malmstrom/archive/1_DE_ACT_part1_v1.pdf (Bericht)

3. Unionsbürger brauchen künftig für Brasilienreisen kein Visum mehr

Die Kommission hat am 06.08. Entwürfe von Beschlüssen über die Unterzeichnung und den Abschluss von Abkommen über die Befreiung der Inhaber gewöhnlicher Reisepässe und der Inhaber von Diplomaten-, Dienst- oder sonstigen amtlichen Pässen von der Visumpflicht bei kurzfristigen Aufenthalten angenommen. Die bestehenden bilateralen Abkommen zwischen Brasilien und einigen EU-Mitgliedstaaten bleiben in Kraft.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1040&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

4. EU gegen amerikanische Einreisegebühr

Kommissarin Malmström wandte sich am 06.08. gegen die von den USA eingeführte Einreisegebühr von 14 USD (davon 10 USD für Tourismuswerbung) für Reisende, die kein Visum benötigen, die ab 08.09. bei der Nutzung des elektronischen Einreisegenehmigungssystems (Electronic System for Travel Authorization, ESTA), erhoben wird. Die EU behalte sich die endgültige Einschätzung vor, ob diese Gebühr mit der Visabefreiung vereinbar ist.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/363&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

VII. Umwelt

1. Rückschritte bei Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen

Kommissarin Connie Hedegaard bewertete die Verhandlungsrunde in Bonn vom 02.-06.08. als Rückschritt, da den neuen Verpflichtungszusagen der Parteien des Kyoto-Protokolls kein Fortschritt bei den nicht durch Kyoto gebundenen Ländern gegenüber gestanden habe. Es sei nun stärker denn je unwahrscheinlich, dass die USA und andere große Wirtschaftsmächte einen fairen Anteil übernähmen. Die EU beharre weiterhin auf einer völkerrechtlich verbindlichen Einigung. Die letzte Vorbereitungsrunde vor der VN-Klimawandelkonferenz vom 29.11.-10.12. in Cancún (Mexiko) findet vom 04.-09.10. in Tianjin (China) statt

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/364&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://unfccc.int/2860.php>

2. Mängel bei Ressourceneffizienz und Schutz der Biodiversität

Nach dem Bericht der Kommission zur Überprüfung der Umweltpolitik im Jahre 2009, muss wesentlich mehr zur Förderung des grünen Wachstums auf europäischer und nationaler Ebene getan werden, um Europas Ressourcen effizienter zu nutzen. Zusätzliche Bemühungen seien auch beim Kampf gegen den Verlust der biologischen Vielfalt erforderlich.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1047&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/environment/policyreview.htm>

3. Kriterien für guten Umweltzustand der europäischen Meere festgelegt

Die Kommission hat am 01.09. einen Beschluss verabschiedet, der die Kriterien für einen guten Umweltzustand der Meere Europas festlegt. Die Aufstellung der Kriterien ist eine Anforderung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie, die darauf abzielt, bis 2020 in allen EU-Meeressgewässern einen guten Umweltzustand zu erreichen.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:232:0014:0024:DE:PDF>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1084&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VIII. Verkehr

1. Zwei ghanaische Fluggesellschaften auf schwarzer Liste

Die Kommission hat am 02.09. die Liste der Luftfahrtunternehmen aktualisiert, denen der Betrieb in der Europäischen Union untersagt ist. Für eine Fluggesellschaft aus Ghana gilt nunmehr ein vollständiges Flugverbot und für eine weitere Gesellschaft dieses Landes wurden Betriebsbeschränkungen verhängt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1090&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Umsetzungsfrist für neue Führerschein-Richtlinie endet am 15.09.

Die Mitgliedstaaten haben vereinbart die erforderlichen Rechtsvorschriften zu erlassen, um dieser modifizierten Richtlinie für befristete Führerscheine spätestens ein Jahr nach ihrem Inkrafttreten nachzukommen. Deutschland hat die Richtlinie vor kurzem umgesetzt. Die Änderung berücksichtigt Sehschwächen, Diabetes und Epilepsie als die Fahrtüchtigkeit beeinträchtigende Gesundheitsstörungen.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:223:0026:0030:DE:PDF>

IX. Medien und Informationsgesellschaft

1. Neuregelung für Zertifizierungsdienste für elektronische Signaturen

Die Kommission beschloss am 28.07. eine Änderung der Entscheidung 2009/767/EG in Bezug auf die Erstellung, Führung und Veröffentlichung von vertrauenswürdigen Listen der von den Mitgliedstaaten beaufsichtigten bzw. akkreditierten Zertifizierungsdiensteanbieter. Zur Vereinfachung des Zugangs zu den nationalen vertrauenswürdigen Listen sollen die Mitgliedstaaten der Kommission ab 01.12. Informationen über den Ort und den Schutz ihrer vertrauenswürdigen Listen übermitteln. Diese Informationen sollte die Kommission anderen Mitgliedstaaten auf sichere Weise bereitstellen.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:199:0030:0035:DE:PDF>

2. Konsultation zur Digitalisierung des kulturellen Erbes

Die Reflexionsgruppe („Komitee der Weisen“) der Kommission zur Digitalisierung hat am 18.08. eine Konsultation darüber eröffnet, wie die Online-Präsenz des kulturellen Erbes am besten gefördert werden kann. Die Kommission hat die Reflexionsgruppe beauftragt zu prüfen, wie die Digitalisierung kultureller Werke, ihre Zugänglichkeit im Netz und ihre Bewahrung in ganz Europa beschleunigt werden können. Beiträge zu dieser Konsultation werden in die Empfehlungen einfließen, die die Gruppe bis Ende des Jahres vorlegen wird. Die Konsultation läuft bis zum 30. September 2010.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1055&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

X. Sonstiges

Ex-Kommissionsvizepräsident Verheugen gründet Beratungsunternehmen

Zusammen mit seiner früheren Kabinettschefin Petra Erler gründete Verheugen im April „The European Experience Company GmbH“ in Potsdam. Das Unternehmen bietet auf seiner Website „Sachverstand und reiche Erfahrung auf dem Gebiet der Europapolitik und in außenpolitischen Fragen, kreative Lösungen sowie die richtige Strategie für Ihren Erfolg im Umgang mit europäischen Institutionen“. Verheugen hat bereits Positionen bei der Raiffeisen Bank (Österreich), der Royal Bank of Scotland, dem amerikanischen Lobbyisten Fleischmann-Hillard und der türkischen „Union of Chambers and Commodity Exchanges“.

<http://www.european-experience.de/>